

STELLUNGNAHME VOM 11. NOVEMBER 2022

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/71

Alle Abgeordneten



STELLUNGNAHME DES LANDESJUGENDRINGS NRW ALS SACHVERSTÄNDIGER IM RAHMEN DER ANHÖRUNG DES HAUSHALTS- UND FINANZAUSSCHUSS AM 17. NOVEMBER 2022

*Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz
2023)*

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/1200

Als Landesjugendring NRW bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Haushaltsgesetz 2023. Wir begrüßen die Anstrengungen der Landesregierung, die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen langfristig und nachhaltig abzusichern.

Auswirkungen der Krisenzeit auf Kinder- und Jugendliche

Die Ausnahmesituation durch die Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Covid-19 Pandemie hat im Bereich der Jugendhilfe wie ein Brennglas gewirkt. Dabei sind Kinder und Jugendliche großen und besonderen Belastungen ausgesetzt gewesen – lange Zeit, ohne Teil der öffentlichen Diskussion zu sein und in ihrer eigenständigen Lebensphase wahr- und ernstgenommen zu werden. Auch nach 2,5 Jahren konstatieren wir: Die Corona-Pandemie und die darauf resultierenden Folgen sind noch lange nicht überwunden. Im Gegenteil stellen wir im Aufwachsen junger Menschen fest, dass die negativen Auswirkungen sich jetzt umfänglich bemerkbar machen. Die Pandemie hat ebenso gravierende Folgen für unsere Mitglieder, die durch ihre ehrenamtliche Arbeit die Jugendverbände tragen und leiten. Viele Ehrenamtliche sind umfassend in ihrer privaten oder beruflichen Lebenssituation gefordert und mussten ihr Ehrenamt beenden. Gruppen haben nach dem Ende des Lockdowns nicht mehr zusammengefunden. Es fehlen teilweise zwei komplette Jahrgänge neuer junger ausgebildeter Menschen, die zusätzlich keine pädagogische Praxiserfahrung sammeln konnten, da viele große Maßnahmen der Jugendverbandsarbeit nicht stattfinden konnten.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die daraus resultierenden, steigenden Energiekosten stellen die Einrichtungen der Jugendförderung in NRW schon jetzt vor existentielle Herausforderungen. Diese Problematik wird sich im nächsten Jahr drastisch verschärfen.

Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit

Vor diesem Hintergrund sind wir der Landesregierung und insbesondere dem zuständigen Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration dankbar, dass die finanzielle Absicherung der gerade in diesen Zeiten wichtigen wie schwierigen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen jederzeit gewährleistet war.

Stellungnahme

STELLUNGNAHME DES LANDESJUGENDRINGS NRW ALS SACHVERSTÄNDIGER IM RAHMEN DER ANHÖRUNG DES HAUSHALTS- UND FINANZAUSSCHUSS AM 17. November 2022

Da es sich bei dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2023 zunächst nur um einen sogenannten Basishaushalt handelt, berücksichtigt dieser keine Auswirkungen eines etwaigen Entlastungspakets III. Auch hier müssen die Belange junger Menschen mitgedacht werden.

Unterstützung wird in Form von wirkungsvoller finanzieller Entlastung v.a. für Haushalte mit Kindern und wenig Einkommen benötigt. Zur nachhaltigen Lösung der Energiekrise und zur Sicherung der Strukturen der Jugendarbeit in den nächsten Jahren bedarf es eines Fördertopfes zur energetischen Sanierung für die Einrichtungen der Jugendarbeit in NRW.

Durch die Kostensteigerungen vor allen Dingen in den Bereichen Energie und Lebensmittel geraten gerade die Jugendbildungsstätten, Übernachtungshäuser und Jugendzeltplätze in jugendverbandlicher Trägerschaft in existentielle Not. Sie sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen und müssen an Rettungsschirmen und Entlastungsmaßnahmen partizipieren können. Die Gruppen- und Seminarräume der Jugendverbandsarbeit werden wir versuchen den Winter über so oft wie möglich zu öffnen, um zumindest jungen Menschen einen geheizten Ort und eine warme Mahlzeit anzubieten.

Geopolitische Krisen und Kriege werden Fluchtbewegungen nach sich ziehen; hier wird die Jugendförderung weiterhin gefordert sein. Daher müssen die langjährigen guten Erfahrungen und Strukturen in den Projekten rund um das Thema Geflüchtete dringend weitergeführt werden.

Fortführung der Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans (KJFP)

Mit der Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans wurde 2018 ein Instrument geschaffen, das der Praxis der steigenden Kosten in der Jugendarbeit nun deutlich besser gerecht wird, als dies bis dahin der Fall war. Eine stabile auskömmliche Förderung der Jugendverbände ist ein wichtiger Baustein einer demokratischen Zivilgesellschaft, da Kinder und Jugendliche in den Jugendverbänden Demokratie erlernen, indem sie sehr frühzeitig in alle sie betreffenden Entscheidungen – inklusive der Möglichkeit zu wählen und gewählt zu werden – einbezogen sind.

Wir begrüßen es von daher sehr, dass im Haushaltsplan für das Jahr 2023 dem weiterhin Rechnung getragen wird.

Zur Abmilderung der Folgen der Pandemie in den ehrenamtlichen Strukturen der Jugendarbeit haben die im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände bereits Ende letzten Jahres darauf hingewiesen, dass zusätzliche Mittel in Höhe von 4 Mio. Euro in der Förderposition 1.3 benötigt werden. Die Kostensteigerung verschärft die finanzielle Situation der verbandlichen Gruppierungen: Unabsehbare Kostensteigerungen bei Übernachtungshäusern und Busunternehmen machen die Planung von Sommermaßnahmen für das Jahr 2023 unmöglich. Zusätzliche Mittel, die den Jugendverbänden die notwendige Planungssicherheit und Flexibilität geben, lässt der Haushaltsentwurf vermissen.

Stellungnahme

**STELLUNGNAHME DES LANDESJUGENDRINGS NRW
ALS SACHVERSTÄNDIGER IM RAHMEN DER ANHÖRUNG DES HAUSHALTS-
UND FINANZAUSSCHUSS AM 17. November 2022**

Integration

Ein großer Teil der in den letzten Jahren nach Deutschland migrierten Menschen ist minderjährig. Von daher begrüßen wir es, dass auch für das kommende Jahr im Bereich der Jugendarbeit eine entsprechende Summe für die Integration junger Menschen mit Fluchthintergrund vorgesehen ist.

Langfristig muss es das Ziel sein, diese Menschen in die Regelarbeit der Jugendverbände und der anderen freien Träger zu überführen. Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht notwendig, die Mittel aus der Titelgruppe 68 in eine langfristige Finanzierung in Form einer Strukturförderung zu überführen. Dabei muss die Niedrigschwelligkeit erhalten bleiben. Auch Eigenmittel sind in der Arbeit der bisherigen T68 nicht leistbar.

Schuldentilgung

Angesichts der Covid-19 Pandemie sowie den Folgen des Angriffskrieges auf die Ukraine ist es verständlich, dass eine aus Sicht von Kindern und Jugendlichen langfristig notwendige Schuldentilgung im Jahr 2022 nicht möglich war. Grundsätzlich darf das heutige Wirtschaften aber nicht zu Lasten der jungen Generation gehen.

Insofern wünschen wir uns auch eine ehrliche und transparente Kommunikation hinsichtlich des von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsgesetzes. Wenn zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen neue Kredite aufgenommen werden müssen, ist dies faktisch eine Neuverschuldung des Landes, die auch so benannt werden sollte.

Haushaltsschwerpunkte

Der Landesjugendring NRW begrüßt die thematischen Schwerpunkte Bildung, Klimaschutz, Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges sowie Digitalisierung, Verkehr und Infrastruktur.

Aus Sicht von Kindern und Jugendlichen sind langfristige und nachhaltige finanzielle Investitionen in unser Gemeinwesen unerlässlich. Dabei kommen dem Bildungsbereich (der weit mehr umfasst als schulische Bildung!) und der Demokratieförderung eine besondere Bedeutung zu. Daneben sind stärkere Anstrengungen für ein klimagerechtes Wirtschaften unabdingbar. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände nehmen sich hiervon nicht aus und haben sich von daher verpflichtet, ihre Arbeit selber mittelfristig klimaneutral zu gestalten.

Zu einem klimagerechten Wirtschaften gehört auch der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Netzausbau in ländlichen Bereichen. Beides sind wesentliche Bausteine gesellschaftlicher Teilhabe junger Menschen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass die im Landesjugendring NRW zusammengeschlossenen Jugendverbände und ihre Mitglieder eine zügige Umsetzung der Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen erwarten und sich gerne in die Konzeptionierung des Aktionsplans Jugendbeteiligung einbringen.